# Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlage. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin werden sie täglich abonniert, man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

**Berlin SW. 48**
**Wilhelm-Straße Nr. 32.**
**Fernsprecher:**
Redaktion: Amt VI, 3294. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die vierzeitspaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unverlangte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

**Nr. 2. [48. Jahrgang.]** **Sonntag den 3. Januar 1909. Erste (Abend-)Ausgabe.** **[48. Jahrgang.] Nr. 2.**


**Berlin, den 2. Januar.**

## Rückblicke.

Von Woche zu Woche haben wir die innerpolitischen Fragen und Begebnisse des abgelaufenen Jahres 1908 an dieser Stelle zusammenzufassen und die oft widerstreitenden Ansichten darüber zu sichten versucht. Solch eine regelmäßige Beschäftigung ist eher geeignet, die Sitte allgemeiner Jahresrückschauen zu verdrängen, als sie zu befördern. Wohl als einen löblich überkommenen Brauch, weit weniger jedoch als eine Quelle direkter Förderung des nachmals abgeklärten Urteils erscheinen zu lassen. Um dies sein zu können, müßten die entsprechenden Perspektiven natürlich gerade von dem aufsichtlichen, rein kalendarischen Einschnitt abgesehen sind sich an die freilich nicht immer voraussbestimmbaren — Abschlußmomente politischer Entwicklungsphasen halten. Es kommt dann auch nur selten vor, daß die Geschichtschreibung, selbst wenn sie erst vorläufigen Charakters ist und zunächst Grundlinien der Geschehnisse entwirft, auf die Neujahrsbetrachtungen in der Presse zurückgreift. Sie sind Augenblicksbilder der Stimmung, bei welcher man sich angelangt fühlt, und es ist in der Regel auch noch fraglich, ob die einzelnen Organe dabei immer die Meinungen und Wünsche derjenigen Kreise ganz genau interpretieren, die sie speziell vertreten wollen. Doch soll durch diesen Vorbehalt der inhaltliche Wert nicht bestritten sein, der auch einer Reihe dieses jährigen Artikel in der deutschen Presse aus Anlaß des Jahreswechselns zuzubilligen ist. So hat z. B. die Kölnische Zeitung das praktisch gar nicht lösbare Problem zu verwenden gewußt, einen solchen Zeitraum, der bis gestern reicht, mit ein paar hundert Worten anders und besser als eben nur dialektisch oder anhoristisch schildernd abzutun. Sie widmet den deutschen Vorgängen des soeben abgelaufenen Jahres eine nach Materien gegliederte und im ganzen sachlich ergiebige Schilderung, die ohne Breite doch ausführlich angelegt ist. Einleitend wird das Schreiben des Reichskanzlers vom Silvesterabend 1906, das die Losung der Blockpolitik brachte, berührt, sodann auf die erste Blockkrisis im Dezember 1907 und ihre lopale Beilegung, endlich auf die inneren Geschehnisse hingewiesen, die der November 1908 durch die Veröffentlichung im Daily Telegraph mit sich brachte. Hierzu wird betont: „Es ist gewiß ein nichtsagender Zufall, daß diese drei wichtigsten Ereignisse der jüngsten deutschen Geschichte sich derart in einer zeitlichen Harmonie abgespielt haben; der Zufall kann es nicht mehr sein, daß das deutsche Volk, wenn es von Zeit zu Zeit vor außerordentliche, gefahrschwangere Entscheidungen gestellt wird, sich stets der Schwere des Augenblicks bewußt ist und mit einer Würde, die auch das Ausland zur Anerkennung zwingt, die Verwirklungen löst. Wir, die wir das alles soeben erlebt haben und noch miterleben, stecken wohl noch zu sehr in den Dingen, um erschauen zu können, welche Richtung diesen Ereignissen gemeinsam ist, ob wir ein Stück voran gekommen sind. Manches muß von solchem Selbstlob abschrecken; wir haben es erlebt, als die ernsten Tage heraufzogen, daß ein Rebel von gleichgültigen, ungerechten, ja geradezu törichten Anklagen die Hauptsrage verdunkelte, und als man die Früchte einheimsen wollte, daß Forderungen erhoben wurden, die den Gewinn überhaupt in Frage stellen mußten. Aber die Geschichte stolpert nicht über Reklamehaschichteiten; und deshalb läßt sich mit wenigen Worten sagen, daß der Aufregung rührte, und zu welchem Erfolge sie geführt hat."— An seine Schilderung der Ergebnisse des Vorfalls für unsere politischen Verhältnisse schließt das Blatt eine Abweisung des eine Weile hindurch besonders dort vertretenen Wunsches nach gesetzlichen Bürgschaften, vermöge deren die Entlastung des Kaisers von einigen indirekt verantwortlichen Obliegenheiten, und die Uebertragung dieser Pflichten im Sinne einer Konzentrationsvermehrung ausgesprochen werden sollte. „Als ob Verträge mit schön formulierten Paragraphen eine Gewähr böten, daß in der Leitung eines Riesenunternehmens alles nach Wunsch geht, als ob nicht gerade in außerordentlichen Verhältnissen das gegenseitige Vertrauen sich durch keine schriftliche Abmachung ersetzen ließe! Das wertvollste und bedeutsamste Ergebnis dieser Krise aber besteht gerade in der Erkenntnis, daß das Reich nur gedeihen kann, wenn Kaiser und Volk in engster Uebereinstimmung handeln, die sich auf gegenseitiges Vertrauen stützt. Das Volk darf die Tatsache nicht unterschätzen, daß in Deutschland die Monarchie einer der stärksten Machtfaktoren des Staates ist, um so schwerer, je größer das Ansehen ist, das den Träger der Krone umgibt." — Den Gedanken an ein parlamentarisches Regierungssystem im Reich erklärt das rheinische Blatt als schlechthin undurchführbar, denn die Eigenart der vorläufig konstanten Größen für Mehrheitsbildungen des Hauses machen den Versuch. Daß sich auf Grund des Blocks ein Kabinett zusammenstellen ließe, sei anzunehmen. Nun aber sei der Block das Gegenstück einer Mehrheit, die zum Regieren schlechterdings nicht tauge. Jede neue Reichstagswahl, darüber täusche sich wohl niemand, könne die Ziffern wiederbringen, die zu einer eventuellen Mehrheit aus Zentrum und Sozialdemokraten hinreichten. Der Staat aber könne nicht so weit sein Wesen verleugnen, daß er seine Leitung aus den Parteien nehme, die ihm entweder aus Grundsatz feindlich gegenüberstehen oder das konstellierte Gemeinsamkeitsgefühl dem staatlichen Pflichtgefühl voranstellen. Aus Zentrumskreisen seien ja wohl Versuche getommen, diesen einseitig-konfessionellen Charakter abzustreifen; aber aus dem eigenen Lager habe man mit dem Nachmuß geantwortet, daß dann das Zentrum seine Daseinsberechtigung verlöre.

Daß die bürgerliche Presse sich in ihren Neujahrsleitartikeln vorwiegend mit den bisherigen Erfolgen der Blockpolitik und ihrer zur baldigen Lösung anstehenden größeren Aufgabe, der Reichsfinanzreform, beschäftigt, ist von selbst zu verstehen. In der Conservativen Correspondenz heißt es u. a., der Block habe seine Gegner entäuscht.

„Er ist nicht, wie sie gehofft hatten, auseinander gefallen. Es ist ihnen bisher gelungen, die anfänglich scheinbar unüberwindlich sich das Vereinsgesetz und die Börsengesetznovelle unter Dach zu bringen. Allerdings würden diese Ergebnisse nicht möglich gewesen sein, wenn nicht die linken Blockflügel in der Hauptsache und sowohl von der Regierung als auch von den Rechtsparteien, weitgehende Zugeständnisse gemacht worden wären. Der konservativen Partei wird die Anerkennung nicht versagt werden dürfen, daß sie durch ihr opferwilliges Entgegenkommen das meiste dazu beigetragen hat, den Bestand der neuen Reichstagsmehrheit zu sichern. In einem Punkte freilich hat die konservative Partei entschieden Widerstand geleistet, nämlich gegenüber den Bestrebungen der Linken, ihre Mitwirkung auf dem einen Gebiete der Gesetzgebung Kompensationen auf einem anderen Gebiete zu erzwingen und hierzu selbst Fragen der preußischen Politik mit solchen der Reichspolitik zu verquicken. Soll das Blockverhältnis auch ferner — wie wir es wünschen — Bestand haben, kann wird die Linke unbedingt der Kompensationspolitik entsagen und sich ehrlich auf den Boden der Blockpolitik, die nur eine Kompromißpolitik ad hoc sein kann, stellen müssen."

Im übrigen räumt das konservative Parteiorgan bereitwillig ein, daß gerade die freisinnigen Fraktionen sich mit Strömungen abfinden hatten, die auf „demokratischer" Opposition zu bestehen suchten, und es spricht die Erwartung aus, daß die Linke sich weiter für das Zustandekommen der Finanzreform voll einsetzen werde. Zur allgemeinen parlamentarischen und zur wirtschaftlichen Lage heißt es ferner:

„Im Reiche wie in Preußen sind die Parlamente seitdem bei der Arbeit gewesen, um die den Beamten, Geistlichen und Lehrern gegebene Zusage einer Aufbesserung ihrer Bezüge in die Tat umzusetzen. Ist auch die Verabschiedung der wichtigen Vorlagen an die Voraussetzung gebunden, daß die nötigen Mittel zu ihrer Deckung aufgebracht werden, so darf man doch an einem erfolgreichen Ergebnisse nicht zweifeln. Beamte, wie Geistliche und Lehrer werden zwar nicht in allen ihren Wünschen befriedigt werden können. Das ist aus naheliegenden finanziellen Gründen nicht möglich. Aber sie werden so gestellt, daß sie alle Ursache haben, mit den Gebotenen zufrieden zu sein. Wenn jetzt Agitationen im Schwange sind, um namentlich die Beamten zu Mißtrauen und Unbotmäßigkeit aufzustacheln, so sollte dies doch an seinem teilweiser wirtschaftlicher Niedergang in Handel und Gewerbe nachteilig auf die gesamte Wirtschafts'age unserer Nation. Die agitatorische Ausnutzung dieser Verhältnisse hat sich natürlich die Sozialdemokratie nicht entgehen lassen, namentlich aber hat sie das durchbare Grubenunglück auf der Radbodzeche zu einer intensiven Verhetzung der deutschen Bergleute benutzt. Es liegt im staatlichen und nationalen Interesse, daß die durch Aufreizungen aufgeregten Massen der Bergarbeiter wieder zur Ruhe und Vernunft zurückgeführt werden. Was dabei geschehen kann, um die Sicherheit für Leben und Gesundheit bei dem so schweren und gefahrvollen Berufe des Bergbaues Obliegenden in möglichst hohem Maße zu gewährleisten, muß selbstverständlich geschehen."

Hinweise auf die Notwendigkeit, das Bewußtsein gemeinsamer Aufgaben unter den bürgerlichen Parteien dauernd wach zu erhalten, durchziehen die weitaus meisten dieser Betrachtungen. Die Magdeburgische Zeitung bemerkt in ihren „Politischen Neujahrswünschen" über diesen Punkt:

„In so ernster Zeit können wir nur den einen Wunsch haben, daß unser Volk, seiner Kraft vertrauend, einmütig und entschlossen an die Ueberwindung der sich häufenden Schwierigkeiten gehen möge. Im Innern beruhen diese Schwierigkeiten zu vornehmlich darin, daß die Parteigegensätze auch in allgemein anerkannten nationalen und staatlichen Notwendigkeiten aufs Schärfste betont werden, daß — um mit Bismarck zu reden — jede unserer Fraktionen ihre Politik bereits, als ob sie allein da sei, ohne Rücksicht auf das Ganze und auf das Ausland sich auf ihrer Fraktionsinsel stellen. Das zeigt sich wiederum recht deutlich bei der Behandlung der Reichsfinanzreform. Der sachliche Parteigeist ist es, an dem unser politisches Leben krankt. Es erscheint es, in der Frage der Reichsfinanzreform sowohl wie in der große der Reform des preußischen Wahlrechts und in anderen wichtigen Fragen, die innere Reichs- und Staatspolitik einen gangbaren Weg zum Ziele zu finden. Wünschen müssen wir daher, daß es im neuen Jahre gelingen möge, diesen bösen Geist, der die gedeihliche Entwicklung unserer innerpolitischen Zustände auf schwerste beeinträchtigt, zu bannen. Namentlich wünschen wir, daß sich die Blockparteien davon frei machen, um den dringenden Staatsnotwendigkeiten Genüge zu tun. Denn das ist der einzige Weg, auf dem wir den Widerstehen von Zentrum und Polen wirksam wir, daß sich die nationalen Anstrengung bei den letzten Reichstagswahl glücklich besiegt worden sind. Auf der Linken wir auf der Rechten müssen die maßvollen und besonnenen Elemente für eine Verständigung wirken gegenüber jenen Bestrebungen, die uns das wieder zu schanden machen wollen, was wir vor zwei Jahren als eine Forderung des Tages richtig erkannt und mit Erfolg durchgesetzt erhast hem wirken sich auch allmählich vollziehen, was Karl Lamprecht zutreffend als das bezeichnet hat, was und heute vor allem not tut: die Politisierung der Gesellschaft."

In ähnlichem Sinne hebt die Deutsche Zeitung hervor, daß die Erträge für das Reich in den ersten drei Quartalen des laufenden Finanzjahres an Zöllen, Steuern und Gebühren um mehr als 103 Millionen hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sind, wodurch der Ruf nach baldiger Durchführung der Reichsfinanzreform nur noch dringender würde. Die Münchner Neuesten Nachrichten stimmen ein. Sei der Schritt bis zu der Lösung hin auf großen Aufgabe auch weit und schwierig, so könne doch niemand mehr die Notwendigkeit einer durchgreifenden Umgestaltung bestreiten.

„Das deutsche Volk, seine erwählten Vertreter und nicht zuletzt die verbündeten Regierungen, müssen, ein jeder zu seinem Teil, mithelfen, die Geschicke des Reiches zum guten zu wenden. Der Bundesrat, der, wie Bismarck es einmal in seinen Gedanken und Erinnerungen ausdrückte, die Regierungsmacht der Gesamtsouveränität von Deutschland repräsentiert", und der Reichstag als die Repräsentation des Gesamtvolkes müssen unablässig zusammenwirken zur Mehrung des Ansehens des Reiches nach innen und außen, dabei getragen von dem Vertrauen der Nation, die in den drangsalvollen Jahren des Unglücks des Grafen Zeppelin, bei dem Zusammenbruch von Donaueschingen, und der Erdbebenkatastrophe auf der Zeche Radbod — so hohe Beweise ihres Einheitsbewußtseins und ihrer politischen Mündigkeit gegeben hat. Mit solchem ernsten Willen zur Tat dürfen der dunkeln Zukunft entgegengehen."

Zum Schluß ihrer Neujahrserörterung heben die Hamburger Nachrichten hervor:

„In ernste Stimmung versetzt der Rückblick auf das vergangene Jahr, aber nicht minder der Ausblick auf das, was heute begonnen hat. Mit sorgen- und verantwortungsschwerem Ernst betreten wir den neuen Zeitraum. Wenn die jetzige Zeit im Dienste der vaterländischen Interessen erfprießlicher werden soll, so muß vor allem der eigenwillige und verstärkte nationalen Pflicht- und Anspannung unserer Kräfte zu das Aeußerste, in allen Schichten unseres Volkes, bei der Krone und der Regierung, in den Parlamenten, den staatserhaltenden Parteien. Der zuversichtliche Glaube an den Genius der deutschen Nation allein genügt nicht: er muß zugleich Tat sein und Erfolge bereiten und sichern. Er muß das Dichters Wort „Deutschland, Deutschland über alles!" lebendig werden und Wirklichkeit werden lassen. Nur dann kann jeder Glaube durch alle Fährnisse und Stürme der Zukunft sicher geleiten."

Es harmoniert nur sehr bedingt mit dem sympathischen Grundgedanken dieses Zurufs, wenn die Leitung der Zentrumspartei fortfährt, ihre Agitation im Osten noch mehr in solsam bekannten Muster und jedenfalls mit durch den soeben bei der Reichstagsersatzwahl von Meseritz-Bomst erlittenen Dämpfer nicht beirrt erscheinen; die Hoffnungen auf künftige große Geschäfte mit den Polen müssen also ungemein locken. Welche von diesen beiden Parteien auf diesem Boden dann am besten abschneiden, also die geschickteren Direktiven beim unterirdischen Wettlauf befolgen wird, steht dahin. Auf jeden Fall ist der Versuch, sogar zur Abwehr einmal die gute alte Revolutionsidee preisgegeben. „Denn wer", so meinte das Blatt, unter dessen Leser Franz Mehring kaum noch zählen wird, „nur eine Ahnung vom Wesen des Sozialismus hat, muß sich darüber klar sein, daß der Sieg des sozialistischen Ideals der Sozialisierung der Gesellschaft allein abhängig ist von der ökonomischen Entwicklung. Und weil dies so ist, kann auch kein „radikaler" Sozialist der Gewalt zur Realisierung des Sozialismus das Wort reden. Wie bisher bei allen großen revolutionären Auseinandersetzungen die herrschende Klasse durch ihren Widerstand gegen jeden Fortschritt den Anlaß zu gewaltsamen Zusammenstößen gegeben hat, so würde das künftig, wenn es doch einmal dazu kommen sollte, erst recht der Fall sein. Doch die Sozialdemokratie denkt nicht an die Anwendung roher Gewalt." Damit aber sein Mensch über die Tragweite dieser Sätze in Zweifel bleibe, fügte die Leipz. Volksztg. noch hinzu: „Wenn die Möglichkeit eines sozialistischen Sieges nur in der Gewalt läge, brauchte den Sozialismus niemand zu fürchten." Nebenbei bemerkt: in den Kreisen der dem sozialdemokratischen Terrorismus ausgesetzten Arbeiter wird man darüber anders denken. Sonst freilich könnte der Glaube aufkommen, hierin sei eine echte Frucht vom Baum der Erkenntnis gereift, und für alle Fälle verdient das Geständnis registriert zu werden. Nur wird es nicht erst eines Parteitagsbeschlusses bedürfen, das Leipziger Organ der „Genossen" wiederum anders pfeifen zu machen. Die sozialdemokratische Presse ist ja nicht so von ungefähr darauf behandeln. Liefe sie sich zu anderer Praxis verleiten, dann erwiese sie sich selbst als nicht fähig, ehrlich mitzuhalten. Für wen allerdings die übrige Welt aus „Gesinnungslumpen" besteht, der braucht niemals viel Sorge um seine eigenen Machenschaften zu entwickeln.

Durch den Bericht des Abg. Held auf das Mandat ist der Reichstagswahlkreis Verden-Nienburg erledigt, und eine Neuwahl steht bevor. Ursprünglich als nationalliberaler Kandidat aufgestellt und so gewählt, hat Herr Held durch die schon vor Jahresfrist naheliegende, erst jetzt aber durch den Ausgang einer neuen Prozeßverhandlung fällig gewordene Niederlegung die Chancen der Partei, der er übrigens nicht mehr angehörte, kaum gefördert. Seit Begründung des Reichs entweder nationalliberal oder welfisch vertreten, gehörte der Kreis bis 1881 zum nationalliberalen Besitzstande, wurde dann aber von dem Welfen Freiherrn v. Arnswaldt gewonnen und bis 1898 ausschließlich behauptet Die Wahl von 1903 bedeutete für die Welfen einen schweren Rückgang: sie vereinigten im ersten Wahlgange nur 4619 Stimmen auf ihren Kandidaten, gegen 7197 im Jahre 1898. Auch bei der letzten Hauptwahl blieben die Welfen mit 5915 Stimmen gegen früher noch erheblich zurück. Die Sozialdemokratie hat es bisher über rund 3500 Stimmen, die sie 1907 erreichten, nicht hinausgebracht. Der Kreis ist überwiegend ländlich, da von den rund 28 000 Wahlberechtigten rund 20 000 in Ortschaften mit weniger als 2000 Einwohnern und rund 7800 in Ortschaften mit 2000 bis unter 10 000 Einwohnern leben. Am 25. Januar 1907 hatte Held mit 13815 Stimmen im ersten Wahlgange gesiegt, während er 1903 erst in der Stichwahl den welfischen Gegner schlug.

## Rundschau im Auslande.

### Neujahrsempfang in Budapest.

Aus Budapest, 1. Januar, wird berichtet: Die Mitglieder der Koalitionsparteien des Abgeordnetenhauses erschienen heute bei den Mitgliedern des Kabinetts, um diesen ihre Neujahrsaufwartung zu machen.

In Erwiderung auf eine Ansprache des Abgeordneten Csismagia, der das unerschütterliche Vertrauen der Koalition zur Regierung zum Ausdruck brachte, berührte der Ministerpräsident auch die Bank- und die Armeefrage und wies darauf hin, daß die Ausgestaltung der Wehrmacht der Nation neue Lasten auferlege. Ungarn könne und werde die Berücksichtigung seiner nationalen Interessen und seiner Nationalsprache in der Armee beanspruchen. In dieser zwischen dem König und der Nation schwebenden Angelegenheit, sagte der Ministerpräsident, begegnen wir zwar täglich entgegengesetzten Strömungen, aber wir vertrauen der inneren Berechtigung unseres Standpunktes, dessen Erfolg auch durch die Rücksicht auf die internationalen Verhältnisse gefordert wird. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Handelsminister Kossuth hielt in Beantwortung der Begrüßung der Mitglieder der Unabhängigkeitspartei eine Rede über die politische Lage. Kossuth hob hervor, daß die Unabhängigkeitspartei, welche infolge ihren Prinzipien leider eine radikale Partei sein mußte, ein Beispiel seltener Selbstentäußerung und politischer Reife gegeben, indem sie die Koalitionsregierung unterstützte, obwohl die Unabhängigkeitspartei die Majorität im Abgeordnetenhause besitze. Durch diese Mäßigung sei es gelungen, das Einvernehmen zwischen dem König und der Nation herzustellen. Kossuth konstatierte dann, daß die Regierung bei dem Monarchen in allen schwierigen Fragen aufrichtiges Wohlwollen gefunden habe. (Lebhafte Eljenrufe.)

### Neujahrsempfang im Pariser Elysée.

Im Elysée zu Paris fanden gestern in hergebrachter Weise die offiziellen Neujahrsempfänge statt. Nach dem Frühstück empfing Präsident Fallières das diplomatische Korps, mit Ausnahme des italienischen Botschafters, der aus Anlaß des nationalen Unglücks später in besonderer Audienz empfangen wurde. Beim Empfang des diplomatischen Korps hielt der spanische Botschafter als Dayen eine Ansprache an den Präsidenten. Er brückte seine Freude darüber aus, daß der Friede trotz der Ereignisse und Schwierigkeiten des Jahres 1908 nicht gestört worden sei. Ferner hob der Botschafter den Wert hervor, der Diplomatie hervor, der es gelungen sei, die Gefahren, wenn auch nicht ganz zu beseitigen, so doch zu mindern. Er rühmte sodann die französische Regierung, die sich mit Takt und Klugheit inmitten der gegenteiligsten Bestrebungen bewege und durch ihre Haltung über durch Rat und Tat zur Lösung auftauchender Schwierigkeiten beitrage. Vor allem habe Frankreich mit einer anderen Macht ein verhabenes Beispiel gegeben, indem es einen nachahmenswerten Vorgang zur Regelung allerinternationalen Streitigkeiten geschaffen habe.

Präsident Fallières erwiderte auf die Ansprache des Botschafters und hob hervor, Frankreich werde ihm dankbar sein für die schmeichelhaften Worte, die er seiner Diplomatie gezollt habe, welche sich bemühte, gefährliche Eventualitäten zu beschwören. Die Ententen, welche die öffentliche Meinung fordere, täten der Würde der Regierungen keinen Abbruch, gestatteten aber, den Frieden in der Welt zu erhalten. Zum Schluß begrüßenswürdig der Präsident das gesamte diplomatische Korps dazu, daß es zu diesem Werk der Eintracht beitrage.

### Die ottomanische Deputiertenkammer

beschloß in ihrer Sitzung vom 31. Dezember auf Antrag des Deputierten Djahid, den Großwesir aufzufordern, in der